

WIDERSPRUCH



Informationen der Bürgerallianz Thüringen • Dachorganisation der Thüringer Bürgerinitiativen

Ausgabe 15/2011

Spende 1 € für das Volksbegehren

Oktober

Erster Schritt zum Volksbegehren „Für sozial gerechte Abgaben“

Nachdem ein Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenausbau- und Abwasserbeiträge, den DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag gemeinsam mit den Bündnisgrünen Ende vergangenen Jahres auf Bitten der Bürgerallianz, dem Dachverband der Bürgerinitiativen für sozial gerechte Kommunalabgaben in Thüringen, eingebracht hatte, am Widerstand der Koalitionsfraktionen von CDU und SPD gescheitert ist, hat sich die Bürgerallianz für den direkt-demokratischen Weg des Volksbegehrens entschieden.

Für den Zulassungsantrag sind nach der Thüringer Gesetzeslage 5.000 Unterschriften notwendig. Am 19. August wurden dem Innenministerium in Erfurt 24.662 Unterschriften zwecks Prüfung durch die Meldebehörden übergeben. Dass das Fünffache an Unterschriften erreicht wurde zeigt: Es ist an der Zeit, über neue Wege nachzudenken!

Seit über 15 Jahren streiten die Bürgerinitiativen für eine bürgerfreundlichere Lösung bei den Kommunalabgaben – mit Ausnahme der Abschaffung der Wasserbeiträge im Wahljahr 2004 – bisher vergebens. Im Gegenteil, erst jüngst wurden die Bedingungen für die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen noch verschärft und die Pflicht der Gemeinden zum Satzungs-erlass und zur Beitragserhebung rückwirkend bis zum Jahr 1991 verankert. Damit drohen den Bürgerinnen und Bürgern in circa 20 Prozent der Thüringer Gemeinden erhebliche Nachforderungen für den kommunalen Straßenbau seit 1991.

Dies ist weder gerecht noch nachvollziehbar. Schließlich haben die Ver-



Die Volksbegehrensinitiative hat am 19. August 24.662 Unterstützungsunterschriften für den Zulassungsantrag beim Thüringer Innenministerium in Erfurt abgegeben.

antwortsträger im Land die Situation über Jahre geduldet und mitgetragen. Nun sollen die Bürgerinnen und Bürger bezahlen. Auch ist es nicht verständlich, warum in Thüringen Abwasserbeiträge noch immer über die Ausbaubeiträge refinanziert werden, während dies bei der Wasserversorgung 2005 abgeschafft wurde. Zudem würde eine vollständige Refinanzierung der Investitionen über die Gebühr, wie sie Gegenstand des Volksbegehrens ist, die

Aufgabenträger der Abwasserentsorgung zu effizienterem Handeln zwingen. Überdimensionierte Investitionen und damit einhergehende Kostenexplosionen wären ausgeschlossen.

Auch nach Überzeugung der LINKEN gehört die vom Verbrauch völlig abgekoppelte Beitragserhebung abgeschafft und sollte der kommunale Straßenbau als Maßnahme der öffentlichen Daseinsvorsorge angesehen werden. Daher unterstützt DIE LINKE das ge-

plante Volksbegehren. Nach Prüfung durch die Meldebehörden entscheidet die Landtagspräsidentin innerhalb von weiteren sechs Wochen über die Zulassung des Volksbegehrens. Die Bürgerallianz erwartet vor dem Hintergrund des eindeutigen Bürgerwillens die Zulassung des Volksbegehrens. Anderenfalls werde die Bürgerallianz den Weg zum Thüringer Verfassungsgerichtshof nehmen.

Susan Rechenbach, Vertrauensperson des Volksbegehrens „Für sozial gerechte Kommunalabgaben“, reagiert auf Vorschläge des CDU-Fraktionsvorsitzenden Moring, der unlängst in Medien zitiert wird, dass er sich für niedrigere Standards bei der Abwasserentsorgung ausgesprochen hat. „Die Bürger erwarten von der Landespolitik Taten und Entscheidungen und nicht wohlfeile Worte im Sommerloch“.

Dass sich die CDU veranlasst sieht, die bisherige Abwasserpolitik in Frage zu stellen und über neue Wege nachzudenken, wertet Frau Rechenbach als ersten Erfolg des Volksbegehrens „Für sozial gerechte Kommunalabgaben“. Sie erinnert auch an die Forderungen der LIN-

Mohrings wohlfeile Vorschläge im Sommerloch

KEN im Landtag, die noch geplanten Investitionen im Abwasserbereich in Höhe von über drei Milliarden Euro kritisch zu hinterfragen. Dies ist bisher an der Blockadehaltung der CDU gescheitert. Dabei verweist Susan Rechenbach auch auf das erst Ende vergangenen Jahres von der LINKEN gemeinsam mit den Bündnisgrünen im Landtag eingebrachte „Gesetz zur Abschaffung der Straßenausbau- und Abwasserbeiträge“.

„Es bleibt abzuwarten, ob CDU und Landesregierung tatsächlich bereit sind, umzudenken oder ob es sich nur um einen weiteren Profilierungsversuch Mohrings handelt“, sagt Rechen-

bach. Die Ursachen der hohen Kosten der Abwasserbeseitigung seien nicht nur überdimensionierte Investitionen, falsche Förderpolitik und ineffiziente Verbandsstrukturen. Vielmehr sei die Finanzierung der Abwasserinvestitionen über Beiträge die Hauptursache für die Kostenexplosion, so die Vertrauensperson des Volksbegehrens. Analysen hätten gezeigt, dass gerade die Zweckverbände, die keine Beiträge erheben, auch keine überhöhten Gebühren haben. „Die Beitragserhebung ist folglich eine ‘Einladung’ an die Zweckverbände, für Abwasserinvestitionen nach dem Motto ‚Wir bauen, kostete es, was es wolle, zahlen tut eh

der Bürger“, so Rechenbach weiter. Die vom Verbrauch völlig entkoppelte Beitragserhebung gehöre deshalb entsprechend der Forderung der Bürgerinitiativen und auch nach Überzeugung der LINKEN abgeschafft.

„Die vollständige Refinanzierung der Investitionen über die Gebühr, wie sie Gegenstand des Volksbegehrens ist, zwingt die Verbände zu effizientem Handeln, da sich jede Investition finanziell auf die Bürger auswirkt“, sagt Rechenbach und dankt den Unterstützern des Volksbegehrens und den Initiatoren der Thüringer Bürgerinitiativen unter dem Dachverband der Bürgerallianz.